

Abstimmung vom 24.2.1935

Verlängerung der Rekrutenschule entzweit die Sozialdemokraten

**Angenommen: Bundesgesetz über die Abänderung
des Bundesgesetzes vom 12. April 1907 betreffend
die Militärorganisation (Neuordnung der Ausbil-
dung)**

Christian Bolliger

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Bolliger, Christian (2010): Verlängerung der Rekrutenschule entzweit die Sozialdemokraten. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 175–176.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

«Die immer fortschreitende Technik hat die Kriegführung im Weltkrieg und seither in solchem Masse umgestaltet, dass eine aus der Vorkriegszeit stammende Militärorganisation naturgemäss den Anforderungen eines modernen Kriegs nicht mehr voll entsprechen kann» (BBl 1934 II 475–500). Mit diesen Worten begründet der Bundesrat seinen Antrag für eine Revision der Militärorganisation von 1907 (vgl. Vorlage 66). Hauptsächlich geht es dabei um eine Neuordnung der Ausbildung. Diese soll die Wehrpflichtigen befähigen, die gestiegenen Anforderungen bei der Handhabung der Waffen und beim Verhalten im Feld zu bewältigen. Als wichtigste Massnahme schlägt der Bundesrat deshalb vor, die Rekrutenschule – die Grundausbildung der Soldaten, in der auch die Unteroffiziere ihren Dienstgrad «abverdienen» – zu verlängern. So soll die Rekrutenschule etwa für die Infanterie von 67 auf 90 Tage verlängert werden. Auch für die Kavallerie, die Artillerie und die Genietruppen beantragt der Bundesrat eine längere Rekrutenschule. Dafür will er die Unteroffiziersschule etwas verkürzen.

Das Parlament verabschiedet die Vorlage bereits drei Monate nach Erscheinen der bundesrätlichen Botschaft. Bezüglich der Dauer der Rekrutenschule genehmigt es die Anträge des Bundesrates für die meisten Truppengattungen. Einzig bei den Genietruppen beschliessen die Räte eine Verlängerung auf ebenfalls 90 Tage, während der Bundesrat lediglich 76 Tage verlangt. Offene Opposition gegen die Revision kommt im Parlament von den Kommunisten, während sich viele sozialdemokratische Parlamentarier in der Schlussabstimmung enthalten.

Nachdem die SP ein gemeinsames Referendum mit der Kommunistischen Partei ausschlägt, ergreift diese das Volksrecht im Alleingang, allerdings unterstützt von einigen sozialdemokratischen Kantonalparteien.

GEGENSTAND

Die zentrale Änderung am Gesetz über die Militärorganisation von 1907 betrifft die Verlängerung der Rekrutenschule. Diese dauert für die vom Bestand her wichtigste Truppengattung der Infanterie neu 90 Tage statt wie bisher 67. Auch die Kavallerie, die Artillerie und die Genietruppen werden in einer verlängerten Rekrutenschule ausgebildet.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Der Abstimmungskampf ist ausserordentlich heftig und bisweilen polemisch, und neben der Frage der Landesverteidigung werden auch «alle anderen Landesprobleme und -sorgen [...] in die Strudel des gewaltigen Meinungskampfes hineingezogen und abstimmungspolitisch ausgewertet» (TA vom 21.2.1934). Es kommt auch zu Störmanövern gegen Abstimmungsveranstaltungen. Mehrere Bundesräte und höhere Militärs engagieren sich für die Vorlage. Dass der eben zum Bundespräsidenten gekürte Vorsteher des Militärdepartements, Rudolf Minger, seine Botschaft auch per Radio verbreitet, sorgt für zusätzlichen Wirbel.

Die bürgerlichen Parteien geben die Japarole aus, doch gibt es gewisse Abweichler. So ist z.B. die Japarole in der bernischen Bauern-, Gewerbe-

und Bürgerpartei umstritten, und auch andernorts werden Zweifel laut, ob die Bauern die Vorlage unterstützen. Dafür äussern sich auch Organisationen befürwortend zur Vorlage, die sich sonst kaum in (armee-)politische Debatten einschalten. So notiert etwa Etter (1972) Japarolen der Schweizerischen Akademischen Turnerschaft, des katholischen Turn- und Sportverbands, der Neuen Helvetischen Gesellschaft, des schweizerischen Studentenvereins und verschiedener Studentenverbindungen, der ostschweizerischen Sektionen des Alpenclubs sowie des eidgenössischen Sängervereins. Auch die Offiziersgesellschaft, der Unteroffiziersverein, der Bauern- und der Gewerbeverband geben die Japarole aus.

Das linke Lager ist gespalten. Während die Kommunisten als Referendumsführer die Vorlage geschlossen bekämpfen, entscheidet sich die SP an einem Parteitag nach langer interner Debatte zwischen grundsätzlichen Armeegegnern und dem gemässigten Flügel mehrheitlich für die Neinparole. Der Gewerkschaftsbund, der selbst Stimmfreigabe beschlossen hat, kommentiert öffentlich, dass die Stimmfreigabe die Sichtweise der Arbeiter besser spiegle als die Neinparole. Auch die bürgerliche Presse kritisiert die SP scharf für diesen Beschluss. Etter (1972: 176) registriert trotz der Härte des Konflikts eine auf den ersten Blick erstaunlich «pfelegliche Behandlung» der Sozialdemokratie durch die Befürworter der Vorlage. Ihm zufolge versuchen damit die Befürworter, den armeefreundlichen Flügel der SP zu stärken und die Arbeiterschaft für ein Ja zu gewinnen.

Neben den grundsätzlichen Argumenten für und wider die Landesverteidigung und dem ideologischen Schlagabtausch, in dem Gegner als kommunistisch ferngesteuert und Befürworter als faschistisch beschimpft werden, werden auch sachbezogene Argumente vorgebracht. Die Befürworter argumentieren wie der Bundesrat, die Modernisierung der Kriegführung verlange nach einer verbesserten Ausbildung. Ein Ja sei überdies gerade in einer Zeit, in der die Unabhängigkeit des Landes auf dem Spiel stehe, als aussenpolitisches Signal für den Wehrwillen der Schweiz von grosser Bedeutung. Die Gegner hingegen argumentieren, in der Rekrutenschule würde zu viel Zeit auf nebensächlichen Drill und zu wenig Zeit auf die eigentliche Ausbildung gelegt. Eine Konzentration auf das Wesentliche mache hingegen eine Verlängerung unnötig.

ERGEBNIS

Die Beteiligung ist mit 79,9% die vierthöchste in der Geschichte der eidgenössischen Volksabstimmungen. Die Verlängerung der Rekrutenschule wird mit einem Jastimmenanteil von 54,2% angenommen. In fünf Vollkantonen und fünf Halbkantonen überwiegen die Neinstimmen. Die Unterschiede zwischen den Kantonen sind nicht sonderlich stark: Appenzell Innerrhoden (29,3% Ja) ist der einzige Kanton, in dem weniger als ein Drittel der Stimmenden die Vorlage befürwortet, und in keinem Kanton stimmen mehr als zwei Drittel für die Revision. Gleichwohl fällt die unterdurchschnittliche Zustimmung in den katholisch-konservativen

Hochburgen auf, von denen einzig Luzern und Uri zustimmende Mehrheiten aufweisen.

QUELLEN

BBI 1934 II 475; BBI 1934 III 358. NZZ vom 18.2. und 20.2.1935; TA vom 21.2. und 22.2.1935. Von Muralt 1935; Utz 1935. Etter 1972: 168–172; Lezzi 1996: 177; Zanolli 2003: 168–169.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.